Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Klerspe, Klerspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 220 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 1.- Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Donnerstag, den 19. September | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt", „Herd u. Scholle," — „Für unsere Frauen" und am Abend". — | 1929

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg hat Berlin verlassen, um einen 14tägigen Erholungsaufenthalt auf dem Lande zu nehmen.

* In der Besprechung der Führer der Regierungsparteien über die Reform der Arbeitslosenversicherung konnte eine Übereinstimmung noch nicht erzielt werden, so daß die Verhandlungen weitergeführt werden müssen.

* Die jetzt in Berlin konzentrierte Untersuchung über die Sprengstoffattentate wird von dem Landgerichtsrat Masur geleitet. Das in einigen Berliner Zeitungen verbreitete Gerücht über Beziehungen gewisser Beteiligter zur Reichswehr wird vom Reichswehrministerium einer genauen Nachforschung unterzogen.

* „Graf Zeppelin" ist nach 27stündiger Fahrt Mittwoch um 7.24 Uhr in Friedrichshafen glücklich gelandet.

„Dienst am Kunden!"

Zum Einzelhandelstag in Hamburg.

Über Mangel an Beratungsstoff kann sich die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels auch für ihre diesjährige Tagung in Hamburg wirklich nicht beklagen. Von allen Seiten stürmen Fragen, Probleme auf sie ein, hat der Einzelhandel mit ihnen zu ringen und zu kämpfen, und immer schwerer werden die Bedrängnisse von der einen Seite — den Warenhäusern — her, wächst aber auch die Not der anderen Seite gegenüber, die mit der schwierigen Kreditlangung und der noch gefährlicheren Kreditgewährung an den Käufer zusammenhängt.

Der Einzelhandel denkt gar nicht daran, die Prophezeiungen wahrzumachen, die seinen „unumgänglich notwendigen", seinen „wirtschaftlich gebotenen" Tod voraussagten. Der Einzelhandel zeigt vielmehr Lebensmut genug, beweist den Willen, aus eigener Kraft dem Ansturm gegnerischer Wirtschaftsmächte zu begegnen. Er hat erkannt, was ihm not tut; er weiß, was er will.

Modernisierung des Betriebes — das ist auch nur ein Teilproblem, wächst aber an Bedeutung, je kleiner der Betrieb ist, der an einer Modernisierung nicht mehr vorbei kann. Modernisierung nach außen hin — gefällige Aufmachung, „Dienst am Kunden" —, aber auch nach innen hin, wo eine solche Modernisierung häufig noch viel notwendiger ist. So manchen Einzelhändler trifft ein Zusammenbruch ganz überraschend, weil er es nie verstanden hat, sich einfach und klar jederzeit genaue Rechenschaft vom Stande seines Betriebes geben zu können. Die Buchführung mit dem Bleistiftstummel oder der Kreide paßt wirklich nicht mehr in die Gegenwart hinein, auch dort nicht, wo die Ansprüche noch keine übermäßig hochgeschraubten sind, wo das wirtschaftliche Leben noch langsam und in traditionellen Bahn einherrollt. Auch über diesen Unmodernen oder unmodern Werdenden ballt sich die Gewitterwolke.

„Dienst am Kunden" — das ist die Hauptpflicht des Einzelhandels, denn die weitgehende Berücksichtigung von Spezialwünschen des Käufers gibt ja erst die Berechtigung ab für die Stellung, die der Einzelhandel im Kreise der Volkswirtschaft besaß, besitzt und auch behalten soll. Gefährlich genug ist auch hier schon die Konkurrenz durch Warenhaus und Konsumgenossenschaft, denen man aber ebensowenig die volkswirtschaftliche Existenzberechtigung überall dort wird abstreiten dürfen, wo sich Massenbedürfnisse oft sehr rasch wechselnder Art und nur unter Zuhilfenahme großer Kapitalien befriedigen lassen können. Gewiß hat der Einzelhandel unter dem Warenhaus schwer gelitten, — aber auch hier ist er nicht umgebracht worden, wie es so manchmal prophezeit wurde.

Das allerwichtigste aber ist natürlich heute die Kreditfrage. Auch hier Bedrängnisse beim Einzelhandel von zwei Seiten her: der früher so verbreitete Personalkredit, aufgebaut auf den engen Beziehungen und daraus erwachsenes Vertrauen zwischen dem Kreditnehmer und dem Betriebskapital Suchenden, ist zerstört worden durch Krieg und Inflation, durch das immer schneller werdende Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung, die immer weiter gehende Differenzierung im Einzelhandel, der die Warengroßgeschäfte eines „königlichen Kaufmanns", wie sie Gustav Freytag in seinem „Soll und Haben" zeichnete, gar nicht mehr kennt. Heutzutage will man Sicherheiten haben, gibt es, wenn überhaupt, nur noch Realkredit. Hier liegt die große Schwierigkeit für den Einzelhändler: hat er Sicherheiten, genügt sein Warenlager den Sicherheitsforderungen seines Kreditgebers und — wie steht es mit der Bonität seiner Außenstände? Tiefe, oft recht dunkle Schatten hat die immer weiter sich ausbreitende Frage der Absatzfinanzierung gerade auf den Einzelhandel geworfen; die jüngsten Ereignisse haben viel Unerfreuliches gerade hier aufdecken müssen. Denn ebenso wie nach der einen Richtung hin der Einzelhändler um den Kredit kämpft, ringt er auf der anderen Seite um den Kunden. Er spürt am meisten das Auf und Ab, das Anwachsen und Nachlassen in der Kaufkraft und der Kauflust der Massen. In der kleinen Stadt merkt er es nur zu deutlich, wie sehr und wie gefahrdrohend für ihn selbst die Not der Landwirtschaft sich auswirkt. Andere Entwicklungen modernster Art, wie z. B. eine weitgehende Ausschaltung des Großhandels, zwingen den Einzelhandel dazu, sich vielfach umzustellen, ein Risiko zu übernehmen, das gefährlich viel kostet, das ihm früher der Großhändler mit tragen half. Ein wenig erleichtert das — noch zuwenig — der genossenschaftliche Zusammenschluß. Man weiß, wie ein solcher Zusammenschluß gerade im Einzelhandel auf besondere Schwierigkeiten, auch auf verständliche, gestoßen ist und immer noch stößt. Aber diese Schwierigkeiten lassen sich aus dem Wege räumen, wie gerade das Bestehen der Hauptgemeinschaft, wie es ihre alljährlichen Tagungen beweisen.

Die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Menschen. Gerade wirtschaftlich. Es kommt bald unter die Räder, wer sich dieser Entwicklung entgegenstellt oder sich weigert, mit dem Tempo mitzuhalten; das ist oft sehr schwer, aber auch im Einzelhandel hat sich die Richtigkeit eines anderen Wortes bewahrheitet, daß nämlich der Kampf der Vater aller Dinge ist, daß es also ohne Kampf keinen Fortschritt gibt, mag er auch Opfer fordern. Einen schweren Kampf hat, wie alle Zweige der deutschen Wirtschaft vom Erzeuger bis zum Verbraucher hinüber, auch der deutsche Einzelhandel zu führen; er hat es bewiesen, daß ihm dieser Kampf trotz mancher Opfer doch die Kräfte und den Lebenswillen stählte.

„Graf Zeppelin" wieder im Hafen

Glatte Landung des Luftschiffes.

Dr. Eckeners Heimkehr aus Amerika.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" traf nach 27stündiger Fahrt Mittwoch morgen kurz nach 7 Uhr wieder in Friedrichshafen ein. Wegen leichten Bodennebels wurde die Landung etwas verzögert, so daß das Luftschiff noch 15 Minuten kreuzen mußte. Nachdem sich der Nebel gelegt hatte, erfolgte die Landung um 7.24 Uhr glatt und ohne Zwischenfall. In der Umgebung des Landeplatzes hatte sich eine große Zuschauermenge eingefunden, um das Luftschiff zu begrüßen.

Von Hamburg kommend, war das Luftschiff Dienstag abend um 19.15 Uhr über Lübeck erschienen. Es wurde hier mit dem Geläut sämtlicher Kirchenglocken und mit Böllerschüssen empfangen. „Graf Zeppelin" setzte seine Fahrt dann in Richtung Mecklenburg fort, überflog Wismar und Schwerin, wo sein Riesenkörper trotz der späten Stunde bei dem hellen Mondschein noch deutlich erkennbar war, erschien darauf noch ein zweitesmal über Hamburg und flog im Dunkel der Nacht weiter über Harburg, Lüneburg, Hannover, Hildesheim, Göttingen, Mühlhausen, Meiningen, Eisenach, Kissingen der Heimat zu.

Inzwischen war Dr. Eckener, mit dem Dampfer „New York" von Newyork kommend, in Cuxhaven von einer gewaltigen Menschenmenge mit ungeheurem Jubel begrüßt worden. In seiner Kabine empfing er Vertreter der Presse, denen er ein kurzes Interview gewährte. Die Hauptfrage galt dem Stand der Verhandlungen mit dem Ziel der

Schaffung eines regelmäßigen Luftschiffverkehrs.

Dr. Eckener schnitt diese Frage sogleich mit der Feststellung ab, daß von Verhandlungen überhaupt noch nicht die Rede sein könne. Er habe in Amerika mit zahlreichen Interessenten Besprechungen gehabt und freue sich, sagen zu können, daß das Interesse an der Zeppelinsache sehr groß sei. Abmachungen habe er aber nicht treffen können, da die deutschen Besprechungen vorangehen müßten. Er komme mit keinerlei Bindungen in die Heimat zurück.

Als Dr. Eckener das Schiff verließ, wurde ihm auf dem Weg zum Sonderzug von der wartenden Menge ein jubelnder Empfang bereitet. Ein gleich herzliches Willkommen empfing ihn bei der Ankunft in Hamburg um 9 Uhr abends.

Der Reichspräsident

hatte den Führer des „Graf Zeppelin" mit einem herzlichen Telegrammbrief, in dem er ihm Dank und Anerkennung für die durch die Weltfahrt für Deutschland geleistete Tat ausspricht und der Hoffnung Ausdruck gibt, ihn bald in Berlin begrüßen zu können, auf deutschem Boden willkommen geheißen. Dr. Eckener sandte folgendes Antworttelegramm: „Für das überaus gütige Begrüßungsschreiben gestatte ich mir, meinen ergebensten und ehrfurchtsvollen Dank auszusprechen. Eckener."

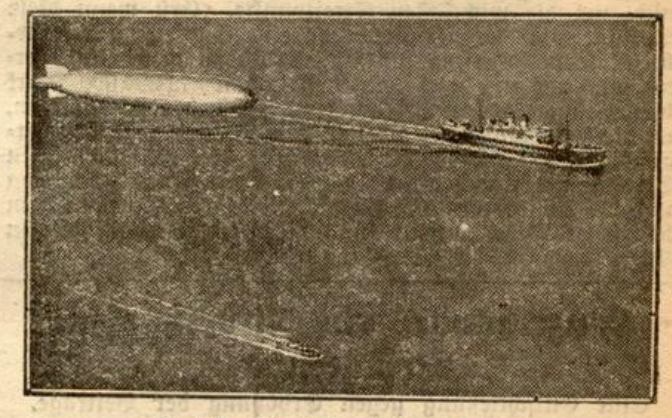
*

Dr. Eckener im Hamburger Rathaus.

Der Senat verleiht ihm die Goldene Ehrendenkmünze.

Unter starker Anteilnahme der Hamburger Bevölkerung wurde Mittwoch nachmittag Dr. Hugo Eckener im Kaisersaal des Hamburger Rathauses empfangen. Bürgermeister Dr. Roß hielt eine Begrüßungsansprache, in der er auf die Worte Nietzsches hinwies, daß zweierlei nötig sei, damit ein Ereignis Größe habe: der große Sinn derer, die es vollbringen, und der große Sinn derer, die es erleben. Der Bürgermeister erinnerte an die Tage, als der alte Graf Zeppelin in Hamburg weilte und mit leuchtenden Augen von seinen Zukunftsplänen sprach.

Daß wir wieder Ansehen in der Welt erlangt haben, sei nicht zum wenigsten Dr. Eckener zu danken. Deutsche Wissenschaft, deutsche Technik und Arbeit und deutsche Organisation haben wieder Einfluß auf die Welt gewonnen. Möge die ganze Welt die vollbrachten Leistungen des „Graf Zeppelin" als eine Sicherung des Friedens empfinden. Der Senat, der sich bewußt sei, daß alle äußeren Zeichen des Dankes und der Verehrung verblassen müssen vor dieser Tat, wolle Dr. Eckener doch als ein sichtbares Zeichen seiner Hochschätzung und Verehrung seine Ehrendenkmünze in Gold überreichen, die im Jahre 1853 gestiftet wurde, und die bisher nur 24 Inhaber aufweise.



„Graf Zeppelin" begrüßt Dr. Eckener, der mit dem Hapagdampfer „Newyork" (rechts) nach Deutschland zurückgekehrt ist, vor der Elbmündung.

Dr. Eckener dankte in bewegten Worten für die ihm zuteilgewordene Ehrung, die er auch auf seine Mitfahrer übertragen wissen möchte. Er schilderte dann die ungeheure Arbeit, die in der 21tägigen Weltfahrt von seinen Helfern geleistet worden sei, und dankte mit besonders warmen Worten der Hamburger Seewarte, die gerade in den Gebieten, in denen der „Graf Zeppelin" von aller Welt so gut wie abgeschnitten war, die allerbesten Dienste geleistet habe.

Eckener betonte schließlich, daß man auch weiterhin nur Schritt für Schritt vorwärts gehen und sich auf keine gewagten Experimente einlassen werde.

Zu dem moralischen Erfolg, den der „Graf Zeppelin" als Werber für Deutschland ohne Zweifel errungen habe, möge auch der politische Erfolg hinzukommen, damit wir bald wieder den Platz einnehmen, den wir einst innegehabt haben. Das deutsche Volk müsse seinen kräftigen nationalen Willen wieder lebendig werden lassen.

Nachdem sich Dr. Eckener dann in das Goldene Buch der Stadt Hamburg eingetragen hatte, wurde ihm zu Ehren im Großen Festsaal des Rathauses ein Tee gegeben.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Reichslandbund und Stahlhelm zum Volksbegehren.

Vom Hauptbureau des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren wird mitgeteilt: „Der Reichslandbund, der bisher durch seine Präsidenten und maßgebenden Persönlichkeiten im Reichsausschuß nur „vertreten" war, hat nunmehr offiziell mitgeteilt, daß der Reichslandbund dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren geschlossen beigetreten ist." Die Meldung, daß der Stahlhelm sich dem Protest des Reichslandbundes und der Christlich-nationalen Bauernpartei gegen den Paragraph 4 des Volksbegehrens angeschlossen habe, wird vom Bundesamt des Stahlhelms für falsch erklärt. Der Stahlhelm habe lediglich darum gebeten, daß das Präsidium des Reichsausschusses noch einmal zusammentritt, damit die Bedenken in sachlicher Beratung ausgeräumt werden. Dem Antrag des Stahlhelms sei sofort entsprochen worden.

Die Räumung im Rheinland.

Vor einiger Zeit sind die Besatzungstruppen aus Diez an der Lahn abgezogen. Jetzt ist auch die noch bestehende französische Gendarmeriestation aufgelöst und die bisher über der Stadt wehende französische Trikolore gestrichen worden. Die internationale Rheinlandkommission in Koblenz ist mit den Vorbereitungen ihrer Übersiedlung nach Wiesbaden beschäftigt. Die meisten Beamten werden in ihre Heimat entlassen, die Kommission siedelt mit 10 höheren, 20 mittleren und 20 unteren Beamten nach Wiesbaden über. Sie soll dort vermutlich am 1. November installiert werden. Die ganze Koblenzer Zone soll spätestens am 15. Dezember geräumt sein.

Großbritannien.

Rückgang des deutschen Unterrichts in England.

In einem vom englischen Unterrichtsministerium veröffentlichten Bericht wird darauf hingewiesen, daß nur in wenigen englischen Schulen die deutsche Sprache gelehrt wird. Es wird mitgeteilt, daß sich bei den Reifeprüfungen im Jahre 1928 mehr als 54 000 Schüler in Französisch prüfen ließen, dagegen nur 3837 in Deutsch und 719 in Spanisch. Der Bericht sagt, die Wichtigkeit der beiden letztgenannten Sprachen sei noch nicht genügend erkannt worden. Eine weitere Schwierigkeit liege darin, daß nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat Mittwoch Berlin verlassen, um einen 14tägigen Erholungs- und Jagdaufenthalt auf dem Lande zu nehmen.

Berlin. Am 3. Oktober soll in Berlin eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder stattfinden, auf der Bericht über die Haager Konferenz erstattet werden wird.

Berlin. Der Präsident des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Dr. Gereke, hat den Gesamtvorstand des Verbandes zu einer Sitzung am 25. September 1929 nach Berlin einberufen. Der Vorstand wird die Fragen der Finanzstatistik, des Volksschullastenausgleichs und der Arbeitslosenversicherungsreform besprechen.

Wien. Nach einer hier aus Paris eingetroffenen Meldung wurde die Konferenz für die Ost-Reparationen für den 24. September in Paris angesetzt. Österreich, Ungarn und Bulgarien wurden eingeladen, ihre Vertreter zu entsenden.

1929 war die Raiffeisenbank in Liquidation getreten. Liquidiert hatte auch die Genossenschaftliche Zentralstelle des Reichslandbundes, bei der Verluste von einigen Millionen entstanden.

An den Beratungen nahmen Vertreter des Finanzministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Justizministeriums teil. Dem Ausschuß liegt der bekannte Bericht der Revisionstreuhandgesellschaft vor.

Der Präsident der Preußenkasse, Dr. Klapper, erklärte u. a., es würde unerträglich sein, wenn durch die Erörterungen des Untersuchungsausschusses nunmehr Dinge, die tatsächlich praktisch erledigt sind, neu in die öffentliche Erörterung hineingetragen würden. Heute stehe der genossenschaftliche Apparat unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit einwandfrei da.

Berichterstatter Abg. Kuttner (Soz.) kündigte eine Anzahl Beweisanträge an in der Richtung, umgehend sämtliche bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse befindlichen Akten über die Vorgänge anzufordern. Ferner werde er beantragen, sämtliche Strafakten über diese Angelegenheit anzufordern, sowohl die Akten der noch laufenden als auch der eingestellten Verfahren.

Urteilsbegründung im Prozeß gegen die Münchener Eisenbahner.

In der Begründung des freisprechenden Urteils im Prozeß wegen des Münchener Eisenbahnunglücks im Juli vorigen Jahres wird festgestellt, daß die

Anlage des Münchener Hauptbahnhofs

nicht den Anforderungen entsprochen habe, die man an die Einrichtung des größten Bahnhofs Bayerns stellen müßte. Es habe an der Zentralisierung, an einem geregelten Zugmeldeverfahren und an notwendigen Vorschriften gefehlt. Auf wessen Schuld diese Mängel zurückzuführen seien, könne dahingestellt bleiben. Es habe auch an einer genügenden Zahl geschulten Personals gefehlt. Der Dienst sei aber zu leisten gewesen und sei auch seit zwanzig Jahren geleistet worden. Ein Fehler im System hätte allenfalls beim Strafausmaß in Betracht gezogen werden müssen, wenn das Gericht zu einem Schuldspruch gekommen wäre. Da aber in den einzelnen Fällen das Gericht weder eine Fahrlässigkeit noch einen Verstoß gegen irgendwelche Bestimmungen und Vorschriften in dem Verhalten der Angeklagten habe erblicken können, sei auf Freispruch erkannt worden.

Kundgebung der Postbeamten.

Der rund 150 000 Mitglieder zählende Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten veranstaltete anläßlich seines in Berlin stattfindenden Verbandstages am 17. September eine überaus stark besuchte Kundgebung gegen den Abbau des Berufsbeamtentums bei der Reichspost. Verbandsvorsitzender Kugler hob zu Beginn seiner Rede die Schwierigkeiten hervor, mit denen das deutsche Volk auch unter dem Young-Plan zu kämpfen hat. Er betonte, daß auch das Post- und Telegraphenpersonal zu seinem Teil die Lasten des Krieges mittrage. Im Rechnungsjahr 1929 habe die Deutsche Reichspost 271,5 Millionen an direkten und indirekten Reparationslasten aufzubringen. Das zwinge zu sparsamster Wirtschaftsweise. Sparsamkeit auf Kosten der Erhaltung des Berufsbeamtentums zu üben, sei jedoch verfehlt. Der Beamtenabbau der Jahre 1923-24 habe anstatt zu einer Ersparnis zu einem erhöhten Kostenaufwand geführt. Für die größtenteils gegen ihren Willen außer Dienst gesetzten Beamten wären in verstärktem Umfange nichtbeamtete Kräfte eingestellt worden. Mit der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse sei ein weiterer Beamtenabbau eingeleitet, der bei der Reichspost schon jetzt ein gleich negatives Ergebnis erkennen lasse. Für 7500 ausgeschiedene Beamte seien im letzten Jahre 10 000 Hilfskräfte eingestellt worden.

Redner wendet sich dann gegen das Gutachten des Reichssparkommissars, das einer weiteren Entbeamtung des Personalkörpers der Reichspost das Wort rede. Die Personalvertretung habe in einer Gegendenkschrift nachgewiesen, daß hiermit Ersparnisse nicht zu erzielen seien. Von dem im allgemeinen Reichshaushalt ausgewiesenen Ruhegehaltstitel von 1,7 Milliarden entfalle, was fast immer übersehen werde, nur 1 Prozent auf Berufsbeamte und deren Hinterbliebene. Zu 99 Prozent entfalle die Pensionslast auf Kriegsbeschädigtenrenten, Kriegshinterbliebenenversorgung, Offizierspensionen usw.; sie sei also in erster Linie eine Folge des Krieges. 15 000 Postbeamte hätten im Kriege ihr Leben gelassen, was wegen der hieraus resultierenden Hinterbliebenenbezüge den Ruhegehaltstitel der Reichspost weit über das sonst übliche Maß hinaus belaste und deshalb nicht als Normalzustand angesprochen werden dürfe.

Uebrigens würden auch für die Arbeiter und Angestellten, die man künftig an Stelle von Berufsbeamten beschäftigen wolle, im Laufe der Zeit die Soziallasten steigen. Die Reichspost und andere öffentliche Verwaltungen hätten für das nichtbeamtete Personal schon jetzt besondere Versorgungskassen geschaffen, zu denen über die sozial-gesetzlichen Verpflichtungen hinaus zwei Drittel der Beiträge verwaltungsseitig beigesteuert würden. Zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben brauche die Reichspost ein Personal, das sich der Volksgesamtheit in besonderer Vertrauensstellung verbunden fühle. Das allgemeine Arbeitsrecht, zu dem auch das Streikrecht gehöre, eigne sich nicht zur Gestaltung des Dienstverhältnisses von Personen, die Post- und Telegraphendienst auszuführen und das mit dieser Dienstleistung verbundene Amtsgeheimnis zu wahren hätten. Das bisherige öffentlich-rechtliche Beamtenverhältnis, das im Gegensatz zum freien Arbeitsvertrag auf einem einseitigen Gewaltverhältnis der Staatshoheit beruhe, schließe das Streikrecht aus. Redner sieht hinter der beabsichtigten Verdrängung des Berufsbeamtentums schon jetzt erkennbare Privatisierungstendenzen, die er als Hauptgrund für die Entbeamtung kennzeichnet. Das deutsche Volk sieht aber habe das größte Interesse daran, diesen Absichten internationaler Kapitalmächte zu begegnen und die Aufgaben der Reichspost auch weiterhin von Berufsbeamten ausführen zu lassen, die sich als Treuhänder des Gesamtvolkes fühlen.

Den Schluß der Kundgebung bildete die Annahme einer Entschließung, die sich gegen die Entbeamtung wendet und im Interesse der Wahrung des Post- und Telegraphengeheimnisses und der Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes die ungeschmälerte Erhaltung des Berufsbeamtentums für den Betriebsdienst der Reichspost fordert.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 19. September 1929.

—* **Neue Auszeichnung für Feuerwehr- und Privatleute.** Vom Deutschen Reichs-Feuerwehrverband ist eine neue Auszeichnung für besondere Verdienste um das Feuerlöschwesen in Form eines Ehrenkreuzes geschaffen worden. Die Auszeichnung hat den Zweck, hervorragende, langjährige Verdienste oder außerordentliche Belange der Förderung des deutschen Feuerwehrwesens anzuerkennen. Die Auszeichnung wird in zwei Klassen an Feuerwehrleute und Personen verliehen, die keiner Feuerwehr angehören. Das Ehrenzeichen besteht aus einem achtspitzigen silbernen Kreuz mit der Figur des heiligen Florian auf der Vorderseite und dem Reichsadler auf der Rückseite. Die erste Klasse ist rot emailliert, die zweite in Silber gehalten. Die Auszeichnung wird den Feuerwehrleuten an blaurotem Band, den Nichtfeuerwehrleuten an weiß-rotem Band verliehen. Die neue Auszeichnung kann neben der bereits verliehenen Auszeichnung des Preußischen Landes-Feuerwehrverbandes überreicht werden.

—l **Ständige Zunahme der Feuerbestattungen.** Hier und da erscheinen von Zeit zu Zeit Nachrichten, die behaupten, daß die Bewegung für Feuerbestattung ihren Höhepunkt überschritten habe und die Zahl der Einäscherungen in der Abnahme begriffen sei. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. So berichtet die „Rundschau" vom 15. September, welche die Ergebnisse der Einäscherungen in deutschen Krematorien während der ersten 6 Monate der letzten 4 Jahre gegenüberstellt, daß 1926 20 635, 1927 23 711, 1928 25 116 und 1929 schon 32 184 Einäscherungen stattfanden. Nach den vorläufigen Auszählungen des Reichsamtes für Statistik betrug die Zahl der Sterbefälle im 1. Vierteljahr 1929 im Reichsgebiet 68 469. Von diesen Verstorbenen wurden eingeäschert 18 412, rund 27 v. H. Ein so hoher Prozentsatz von Einäscherungen war noch nie zu verzeichnen.

Westfälisch-Lippischer Handwerkertag 1929.

Herford, 18. Sept. Der Westfälisch-Lippische Handwerkerbund veranstaltete aus Anlaß seiner hier stattgefundenen Jahresversammlung eine große öffentliche Kundgebung, an der etwa 2000 Handwerker aus Westfalen und Lippe teilnahmen. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der sein Erscheinen zugesagt hatte, mußte sich aus Krankheitsgründen entschuldigen lassen. An seiner Stelle war Oberregierungsrat Zeeheräus zugleich als Vertreter des Reichskommissariats für das Handwerk erschienen. Zugegen waren ferner Ministerialdirektor Dr. Hog vom preußischen Finanzministerium, sowie Vertreter der Landesbehörden- und Reichstags- und Landtagsabgeordneten. Der Herr Reichspräsident hatte auf ein ihm zugesandtes Huldigungstelegramm mit besten Glückwünschen für Tagung und für das Gedeihen des Handwerks geantwortet. Bundesvorsitzender Obermeister Feuerbaum-Dortmund hieß die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen. Nach weiteren Begrüßungsansprachen hielt Ministerialdirektor Hog ein Referat über Notwendigkeit und Möglichkeit der Finanzreform. Der Redner ging davon aus, daß durch die Haager Konferenz über absehbare Zeit Klarheit über die Tributlasten des Reiches und über die Entlastung der Reichshaushalte gewonnen sei. Das müsse den Anstoß geben für die dringend notwendige Reform unseres Steuersystems und die seit Jahren angestrebte Neuregelung des Finanzausgleichs. Die Verminderung der Reparationsannuitäten mit zusammen rund 750 Millionen Reichsmark, die vom 1. April nächsten Jahres eintritt, müsse mit einer steuerlichen Entlastung insbesondere der Wirtschaft verbunden sein. Von diesem Gesichtspunkt aus sei vor allem der Abbau der Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuer zu fordern. Außerdem sei bei der Einkommensteuer eine Senkung in Form einer Auseinanderziehung des Tarifs notwendig. Nötig sei auch die Aufhebung der Rentenbankbelastung, dem eine stärkere Belastung des Alkoholkonsums vorzuziehen sei, die dieser durchaus vertragen könne. Den Gemeinden müsse wieder das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer gegeben werden. Der Redner schloß mit einem Appell an das Handwerk, aktiv an der Steuerreform mitzuarbeiten entsprechend ihrer für das Volksganze wirtschaftspolitischen und staatspolitischen Bedeutung.

Am nachmittag veranstalteten die Innungen einen großen Festzug, durch den die Bedeutung des Handwerks durch zahlreiche charakteristische Gruppen wirkungsvoll dargestellt wurde.

Halver

—! **Lichtspiele Carlshöhe.** Wie an dieser Stelle schon mitgeteilt, findet am Sonnabend, dem 21. d. M. die erste Aufführung im Rahmen der diesjährigen Winterspielplanes statt. Die erste Vorstellung mit einem ausgewählten Großstadtprogramm beginnt Sonnabend 8 Uhr. Am Sonntag beginnt um 5 Uhr und um 8 Uhr eine neue Vorstellung. Das Programm ist gut zusammengestellt und enthält 2 großartige Spitzenfilme. Ein neu zusammengestelltes Künstlerorchester wird den musikalischen Teil bestreiten. **„Der Spion von Odessa"** ist ein gewaltiger Unterhaltungsfilm. Die Berliner Morgenzeitung schreibt darüber: Eine spannende, auf starke Effekte zugespitzte Handlung, die in lebhaften Szenen ablauf vorwärts getrieben wird und mit einwandfreien Bildern ausgestattet ist. Die Massenscenen sind von hinreißendem Schwung und lebendigster Wirkung. Dieser Film ist eine Glanzleistung russischer Filmtechnik. **„Eisbrecher Krassin".** Die Einzelheiten der italienischen Nordpol-Expedition mit dem Luftschiff Italia unter General Nobile sind noch in guter Erinnerung und werden jetzt in der Zeit des Zeppelin-Weltfluges wieder besonders wach gerufen. In das erschütternde Elend der in der nordischen Eiswüste Gestrandeten trat rettend der „Eisbrecher Krassin" sowie der selbstlose russische Flieger Tschuchnowski. Die ganze Rettung der gesamten Nobile-Expedition zeigt dieser Film an Hand der von den beteiligten Eisbrechern gemachten Aufnahmen in den Gegenden das ewiges Geheimnis umschließenden Nordpols.

:: **Oberbrügge,** 19. Sept. Gestohlen wurden dem Packer M. aus Halzenbach 40 *RM* am hellen Tage. Die Schwester des Geschädigten war im Garten beschäftigt, ohne die Haustür abgeschlossen zu haben. Als sie ins Haus zurückging, trat ihr im Flur ein Mann entgegen und fragte nach dem nächsten Wege nach Sticht und Halver Ahnungslos gab sie Auskunft. Der Mann machte sich dann auch in der angegebenen Richtung auf den Weg. Kurz nachher mußte sie die Wahrnehmung machen, daß der genannte Betrag in einer Schublade fehlte. Es gelang, den Mann festzunehmen, der geraubte Betrag wurde jedoch nicht mehr bei ihm vorgefunden. — Den Wassermangel fast gänzlich zu beheben, gelang dem Wasserwerk G. m. b. H. durch Auffinden einer neuen Quelle. Sie wurde unter großen Mühen dem Bassin oberhalb der Vömmelbach zugeführt. Die teilweise Sperrung der Leitung wurde aufgehoben, so daß nunmehr wieder die Anwohner mit genügend Wasser versorgt sind.

Schalksmühle

—l Am kommenden Sonntag vormittag findet im Restaurant Kinnemann zu Im Dahl bei Dahlerbrück ein **Vortrag über Beschaffung von zinslosem Baukapital** statt, wozu Interessenten eingeladen werden. (Siehe Anzeige.)

Kierspe

—s **Die Ortsgruppe Kierspe vom Skiklub Sauerland** hielt am 16. d. M. im Lokale Aug. Vollmann eine Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Hiltebrandt ab. Als Termin für die Hauptversammlung wurde der 11. November festgelegt. In dieser Zusammenkunft sollen die Beiträge neu geregelt, sowie über Bestellung von Abzeichen und über weitere Anschaffung und Ausleihung von Schneeschuhen beraten werden. Die nächste Monatsversammlung soll am 14. Oktober stattfinden, und unter anderem die Besprechung über Teilnahme an dem Verbandswettlauf in Willingen zur Tagesordnung haben. 6 Anmeldungen zur Teilnahme liegen bereits vor. In der jetzigen Versammlung konnten 2 neue Mitglieder aufgenommen werden. Der über Höferhof statt Kiersperhagen gezeichnete Skiweg soll für 1929-30 beibehalten werden. Die beiden kleinen Sprungschanzen sollen baldmöglichst angelegt werden. Der Bau der großen Schanze im Arndahl muß mit Rücksicht auf die Forderungen der Jagdpächter einstweilen unterbleiben. Zum Schluß lud der Vorsitzende noch zur Teilnahme an der am 29. d. M. stattfindenden Einweihung des Aussichtsturmes im Wienhagen ein.

Kierspe-Bhf.

—b Aus Anlaß des 125jährigen Bestehens der Landes-Kultur-Gesellschaft Hellweg fand am 14. und 15. Sept. auf dem Ausstellungsgelände Fredenbaum sowie auf dem Magerviehhof in Dortmund eine große Ausstellung landwirtschaftlicher Produkte, Maschinen usw. statt. An dieser Ausstellung beteiligte sich auch die hiesige Molkerei-Genossenschaft mit gutem Erfolge. Die Molkerei, die noch vor kurzer Zeit sehr große Erfolge in Münster erzielte, erhielt wiederum von 81 ausstellenden Molkereien auf ihre Butter den 1. Siegerpreis. — Seit einiger Zeit beliefert die Genossenschaft auch die hiesigen Schulen mit Frischmilch in Flaschen, womit die besten gesundheitlichen Erfolge bei den Kindern festgestellt wurden, sodaß sich immer mehr Kinder an der Milch-Entnahme beteiligen.

Rönsahl

—c Wie aus dem Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich findet am kommenden Sonntag im Restaurant und Cafe Carl Haarhaus hierselbst ein Konzert bei freiem Eintritt statt. Dem kunstliebenedn Publikum von Rönsahl und Umgegend wird durch Veranstaltung dieses Konzerts Gelegenheit geboten, sich einige genußreiche Stunden und solche des Frohsinns zu bereiten, weshalb am Sonntag der Besuch des „Cafe Haarhaus" empfohlen werden kann .

*

Lüdenscheid, 18. Sept. Lieferauto, Sprengwagen, Kinderwagen. An der Ecke Wilhelm- und Corneliusstraße trafen sich ein Lieferauto, der Städtische Sprengwagen und — ein Kinderwagen. Dem Sprengwagen, der in die Corneliusstraße einbiegen wollte, waren die beiden andern Fahrzeuge im Wege, und um den Kinderwagen zu schonen, geriet der Sprengwagen auf den Bürgersteig. Dabei riß er den Holzpfosten mit dem Verkehrsschild um, der an der Ecke steht. Der Holzpfosten, der ein nicht unbeträchtliches Gewicht hat, fiel einem älteren Herrn in den Rücken, so daß der Herr zusammenbrach und in das Geschäft von Becker gebracht werden mußte. Ein Arzt stellte Quetschungen fest, der Verletzte wurde mit Auto nach Haus gebracht.

Breckerfeld, 19. Sept. Die Kanalisation wird jetzt auch in der Hoch- und Kirchstraße durchgeführt. Bei den Erdarbeiten wurde an der Kreuzung beider Straßen ein großer Brunnen unter einem Gewölbe erkennbar, der eine Tiefe von etwa 7 m aufwies und trotz der großen Trockenheit voll Wasser war. Er gilt als einer der größten, früher in Breckerfeld vorhandenen öffentlichen und Hausbrunnen; er soll noch bei einem Brande vor etwa zwanzig Jahren benutzt worden sein.

nb. **Hagen,** 19. Sept. Großer Fabrikbrand in Hagen. Kohlensauerstoffflaschen explodieren. Ein folgenschweres Großfeuer brach in vorvergangener Nacht um die Mitternachtsstunde in einer Fabrik für Eisenkonstruktionen im Stadtteil Haspe aus. Bei Eintreffen der Feuerwehr stand ein großer Teil des 65 m langen Fabrikgebäudes in lodernden Flammen. Mit großer Heftigkeit explodierten eine ganze Anzahl Kohlensauerstofflaschen, die wie Raketen in den nächtlichen Himmel flogen. Unter vereinten Anstrengungen der Hagener Berufswehr und der Hasper freiwilligen Feuerwehr konnte der Brand nach kaum zwei Stunden gelöscht werden. Der angerichtete Sachschaden ist sehr erheblich. Ein großer Teil der Fabrik und die Büroräume sind völlig zerstört.

Förde, 18. Sept. Die Beisetzung der Opfer von Förde fand Montag statt. Ergreifend war die Trauerfeier im Fabrikspeisesaal, wo die Opfer aufgebahrt waren. Werkmeister Lingemann und Werksangehöriger Utsch fanden ihre letzte Ruhestätte auf dem hiesigen kath. Friedhofe, Dr. Ernst Müller wurde auf dem ev. Friedhofe in Grevenbrück zur letzten Ruhe gebettet und Oberingenieur Evers wurde nach seinem alten Wunsche auf dem ev. Friedhofe Meggen-Altenhundem beigesetzt. Jedesmal war die Beteiligung aus allen Schichten der Bevölkerung außergewöhnlich zahlreich. Man konnte wohl an die 1400 Teilnehmer zählen. Die verschiedenen Vereine der Gemeinde waren mit trauerumflorten Bannern erschienen. Trauerweisen wurden den Freunden als letzter Gruß gewidmet, und in herzlichen Worten sprachen die Geistlichen den trauernden Angehörigen Trost und Ergebung zu. Schmerzerfüllt steht die ganze Gemeinde an den frischen Gräbern der auf dem Felde der Arbeit und der Pflicht gebliebenen Helden.

Neuenrade, 18. Sept. Gestern vormittag ertönten im benachbarten Küntrop die Feuersignale. Es brannte das Wohnhaus des Landwirtes Stork in Freientrop. Die angebaute Stallung brannte vollständig nieder, während das Wohnhaus nur des Daches beraubt wurde. Die Wehren von Küntrop und Affeln waren alsbald zur Stelle. Leider ereigneten sich zwei Unglücksfälle. Als zwei Mann der Küntroper Feuerwehr oben auf der Leiter standen, stürzte der Schornstein ein und drückte einem den Brustkasten ein. Die Neuenrader Sanitätskolonne brachte den Bedauernswerten, an dessen Aufkommen gezweifelt wird, ins Balver Krankenhaus. Der andere Feuerwehrmann kam mit leichteren Kopfverletzungen davon. Vor einigen Jahren brannte auf demselben Gehöft die Scheune nieder. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Familie Halsmann.

Die Mutter für den Sohn.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung im Halsmann-Prozeß wurden mehrere Mitglieder der Familie Halsmann gehört. Übereinstimmend erklärten alle, daß sie von der Unschuld des Angeklagten fest überzeugt seien und daß ihm seinem ganzen Wesen und Charakter nach eine so furchtbare Tat, wie die Anklage sie ihm vorwerfe, nicht zuzutrauen sei. Genau in derselben Weise äußerten sich ehemalige Lehrer und Mitschüler des Angeklagten. Unter großer Spannung der Zuhörer wurde dann

die Mutter des Angeklagten,

Frau Ida Halsmann, aufgerufen. Die Zeugin kann nur stotternd, von heftigem Schluchzen unterbrochen, ihre Aussagen machen und bittet schließlich den Vorsitzenden, fortlaufend zu fragen, weil sie sonst Einzelheiten vergessen könnte. Von Zeit zu Zeit unterbricht sie ihre Aussagen mit den Worten: „Ich muß mich erholen." Der ganze Saal, sogar der Gerichtshof ist sichtlich gerührt. In kurzen Zügen gibt die Zeugin an, sie habe mit ihrem Mann glücklich gelebt. Die Kinder seien immer herzensgut gewesen. Der Sohn habe den Vater nie ein schlechtes Wort gesagt. Hierbei schreit sie plötzlich auf:

„Er ist unschuldig, ganz gewiß!"

Dann kommt sie auf die Reise zu sprechen und erzählt, daß ihr Mann schon wiederholt bei Bergtouren Schwindelanfälle gehabt habe. Sie sei damals in Zenbach zurückgeblieben und habe erst vier Tage später von dem Unglück erfahren, als die Leiche ihres Mannes in der Kirche von Ginzling aufgebahrt gewesen sei. Sie habe die Leiche nicht mehr sehen dürfen. Andauernd wiederholt sie, es sei ganz ausgeschlossen, daß ihr Sohn die schreckliche Tat ausgeführt habe.

Eine Serie von Eisenbahnunfällen.

Zusammenstoß auf dem Würzburger Bahnhof.

Im Hauptbahnhof in Würzburg fuhr eine Rangierlokomotive auf die Lokomotive eines Personenzuges auf. Durch den Anprall wurden der Führerstand der Rangierlokomotive eingedrückt und ein hinter der Rangierlokomotive befindlicher Güterwagen umgeworfen. Der Heizer Biersack aus Würzburg, der sich durch Abspringen von der Rangierlokomotive retten wollte, wurde getötet, der Lokomotivführer Vogel, ebenfalls aus Würzburg, wurde verletzt. Verletzt wurden ferner acht Reisende, die im ersten Wagen des Personenzuges saßen.

Zugzusammenstoß auch in Böhmen.

Bei der Einfahrt in die Station Protivin in Böhmen stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Bei dem Zusammenstoß entgleisten die Lokomotive und drei Wagen des Personenzuges und die Lokomotive mit dem Dienstwagen des Güterzuges. Verletzt wurden zwölf Reisende, ferner zwei Post- und vier Eisenbahnangestellte.

Entgleisung eines Schnellzuges in Italien.

Der Schnellzug Messina—Palermo entgleiste an der Einfahrt zum Bahnhof Gesso. Drei Eisenbahnbeamte wurden getötet. Vierzehn Personen wurden verletzt. Der Unfall ist auf die zu hohe Fahrtgeschwindigkeit des Zuges zurückzuführen.

Verheerende Waldbrände in Amerika.

Explosion eines Öltanks.

Infolge Bruchs einer elektrischen Überlandleitung entstand fünf Meilen nördlich von Santa Paula in Kalifornien ein Waldbrand, der bisher 7000 Acres Wald vernichtet und einen auf zwei Millionen Dollar geschätzten Schaden angerichtet hat. Der Brand bedroht bereits das zehn Meilen entfernte Ventura und die in der Nähe von Ventura liegenden Petroleumfelder. Das Feuer beweat sich in einer zwei Meilen breiten Front vorwärts. Als die Glut den Kamm der Sulphur Mountains erreichte, explodierte infolge der Hitze ein Öltank, der 11 000 Faß Öl enthielt. Die schwarze kochende Ölflut ergoß sich talwärts. Mehrere Personen werden vermißt, eine Anzahl wurde verletzt. Ein weiterer Waldbrand wütet in Riverside Country und bedrohte zeitweise den alten Indianerort Temecula.

Bei dem Waldbrand, der in den Ausläufern des Kaskadengebirges in Oregon wütete, waren 200 der mit der Löschung des Feuers beschäftigten Forstbeamten durch die Flammen abgeschnitten worden. Sie konnten sich jedoch nach Estacada durchschlagen und sind alle unverletzt geblieben.

Eingesandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

In dem Eingesandt des Herrn Georg Dunkel „Was tut uns not" in der Nr. 214 des Allgemeinen Anzeigers bat der Einsender um Stellungnahme zu seinen Ausführungen und Vorschlägen.

Diese Stellungnahme erfolgte nun in der Nr. 217 derselben Zeitung; jedoch in einer Form, die inhaltlich als „Stellungnahme" zu den Vorschlägen des Herrn Dunkel überhaupt nicht bezeichnend zu werden verdient und in einer inhaltlichen Ausführung, die nicht nur für Herrn Dunkel, sondern auch für jeden anderen Deutschen, dem das Wohl und Wehe des Volkes nicht Mode, — sondern Herzenssache geworden ist, verletzend sein mußte.

Obschon ich aus Gründen, die sich auf mein Alter beziehen, davon absehen muß, selbst Stellung zu den Ausführungen des Herrn Dunkel zu nehmen, und dies berufeneren Köpfen überlasse, so kann ich doch nicht umhin, meiner politischen Ueberzeugung dahingehend Ausdruck zu geben, daß gerade dem Artikel des Herrn Dunkel deshalb eine ganz besondere Bedeutung beizumessen ist, weil sich in ihm erweist, daß sich endlich auch in Kreisen des deutschen Volkes, die nach dem Kriege für den heutigen Staat, seine Form und sein System besonders bejahend hervorgetreten sind, die Erkenntnis Platz verschafft, daß er sein grundsätzliches Versprechen, auf dem er aufgebaut ist: Wir geben Euch Arbeit, wir geben Euch Frieden, wir geben Euch Brot, nicht nur nicht eingelöst hat, sondern seinem Volke noch Lasten zu tragen gab und noch Lasten zu tragen weiter gibt, die überhaupt eine Existenzmöglichkeit als selbstständiges Volk, ja sogar die Lebensfähigkeit des einzelnen Menschen in berechtigte Zweifel zieht.

Wie bereits erwähnt, kann noch will ich zu den Verbesserungsvorschlägen des Herrn Dunkel Stellung nehmen, obschon ich in Obenstehendem bereits meiner politischen Ueberzeugung klar Ausdruck verliehen habe. Es geht mir vielmehr in der Hauptsache darum, Stellung zu den Ausführungen des Herrn „E. H." zu nehmen.

Seine Vergleichsführung sowie sein Stil machen vielleicht seiner Belesenheit ein wenig Ehre; aber „alle Vergleiche hinken bekanntlich" und der Vergleich des Herrn E. H. hat überhaupt keine Beine mehr. — Jeder Denkende und in dem Sagenkreis der alten griechischen Geschichte etwas Bewanderte, muß dem Einsender E. H. aberkennen, den tiefen Sinn, der in dem Abschnitt des Sagenkreises um den Halbgott Herkules liegt, erkannt und verstanden zu haben; denn sonst ist es kaum möglich, daß der Einsender die Arbeit des Herkules in Vergleich zu den ehrlichen Absichten und Meinungen des Herrn Dunkel zieht. — Seine ganzen zynischen Ausführungen lassen darauf schließen, daß ihm die Ideen des Herrn Dunkel ungeheuer peinlich sind; denn sonst hätte er ebenfalls kaum versucht, nicht nur die Ausführungen, sondern sogar die Person des Herrn Georg Dunkel lächerlich zu machen. Auf jeden Fall stehe ich nicht allein, wenn ich zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß das Niveau eines von ehrlichem Willen und Wollen durchdrungenen Herrn Dunkels turmhoch über dem eines E. H. steht.

Ein guter Zweck ist allerdings dem Eingesandt des Herrn E. H. nicht abzusprechen: und zwar der, daß jeder, der Anspruch darauf erhebt, als guter Deutscher zu gelten, und der ehrliche Arbeit und ehrlichen Willen zum Wohle des Volksganzen zu schätzen versteht, den notwendigen Abstand von Menschen des Schlages E. H. zu halten sich zur einfachsten Anstandspflicht macht.

Auch ich lehne es ab, mit Menschen des Schlages E. H. nochmals auf einer Ebene anzutreten.

Hermann Funke.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 18. September.

Verlängerung der preußischen Pachtschutzordnung.

Berlin. Durch eine demnächst in der Preußischen Gesetzsammlung erscheinende Verordnung vom 13. September d. J. ist die Geltungsdauer der preußischen Pachtschutzordnung — die andernfalls am 30. September d. J. abgelaufen wäre — bis zum 31. März 1930 verlängert worden. Die Verlängerung ist erfolgt im Hinblick auf das in Vorbereitung befindliche Gesetz über das landwirtschaftliche Pachtrecht. Sie will verhüten, daß zwischen das Inkrafttreten des neuen Gesetzes und die bisherige Regelung sich ein Zustand einschiebt, in welchem ein Pachtschutz überhaupt nicht vorhanden ist.

Die Saarverhandlungen.

Berlin. Die Deutschnationale Volkspartei sandte folgendes Telegramm an das Auswärtige Amt: Erbitten dringend, daß der für die Saarverhandlungen bestimmten deutschen Abordnung ein landwirtschaftlicher Sachberater beigegeben wird. Nach unserer Kenntnis ist die Landwirtschaft bisher unberücksichtigt. gez. Dr. Hugenberg.

Die Rache des Geweckten.

Halle. Der Heizer Otto Winkelmann in Zschornewitz, Vater von fünf Kindern, ist von dem 36 Jahre alten Arbeiter Willi Schläger, der bei ihm in Untermiete wohnte, aus nichtiger Ursache mit einem Hirschfänger tödlich verletzt worden. Winkelmann hatte sich mehrmals bemüht, Schläger, der betrunken zu Bett lag und seine Arbeitsstätte nicht aufgesucht hatte, zum Aufstehen zu veranlassen.

Freispruch der Münchener Eisenbahner.

München. Nach dreistündiger Beratung verkündete das Gericht in dem Prozeß wegen des Eisenbahnunglücks im Juli vorigen Jahres das Urteil. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

Vereiteltes Eisenbahnattentat.

Elberfeld. Mittwoch beobachtete ein Kraftwagenbesitzer, wie zwei Personen leere eiserne Teerfässer bei Hoffnungstal-Untereschenbach (Strecke Köln—Lindlar) auf das Gleis rollten. Er benachrichtigte sofort die Ortspolizei in Hoffnungstal, die sieben bis acht Fässer von dem Eisenbahngleis entfernen ließ. Als Täter wurden zwei betrunkene Arbeiter ermittelt.

Reich und Länder.

Berlin. Die Beratungen des II Unterausschusses des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz über die Frage der Organisation der Länder und den Einfluß der Länder auf das Reich werden am 29. und 30. Oktober unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern im Reichsministerium des Innern fortgesetzt werden.

Chinesischer Protest gegen angebliche russische Repressalien.

Nanking. Der chinesische Außenminister Wang hat durch Vermittlung der deutschen Regierung nachdrücklichen Protest gegen die Verhaftung von tausend Chinesen durch die Sowjetunion erhoben. Die Maßnahme der Sowjetregierung soll angeblich eine Wiedervergeltung für die Gewalttaten sein, die den chinesischen Behörden zur Last gelegt werden. Minister Wang fordert die sofortige Freilassung der Verhafteten und ersucht die deutsche Regierung, sich inzwischen der in Sowjetrußland gefangengehaltenen chinesischen Bürger anzunehmen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Oeffentliche Mahnung.

Es werden angemahnt:

Staatliche Steuer vom Grundvermögen und Hauszinssteuer für den Monat September 1929.

Ab **23. September** erfolgt zwangsweise Beitreibung. Verzugszinsen werden vom Fälligkeitstermin ab erhoben.

Lüdenscheid, den 18. September 1929.

Die Amts- und Gemeindekassenverwaltung.

Körplan für Ziegenböcke.

Die Ankörung der Ziegenböcke findet in diesem Jahre durch die Körkommission wie folgt statt:

Donnerstag, den 26. September 1929:

vorm. 9 Uhr Oberbrügge (Süderland)
„ 9½ „ Bollwerk (Bahnhof)
„ 10 „ Rehsiepen (Schuster)
„ 10½ „ Meinerzhagen (Rehorst)
„ 11 „ Scherl
„ 11½ „ Valbert
„ 12 „ Grotewiese
nachm. 1½ „ Kiersperhagen
„ 2 „ Bürhausen
„ 3 „ Kierspe (Hotel Plate
„ 3½ „ Neuenhaus
„ 4 „ Anschlag (Bürger)
„ 5 „ Krausebuche b. Halver
„ 5½ „ Schalksmühle (Piepenstock)
„ 6 „ Grüne

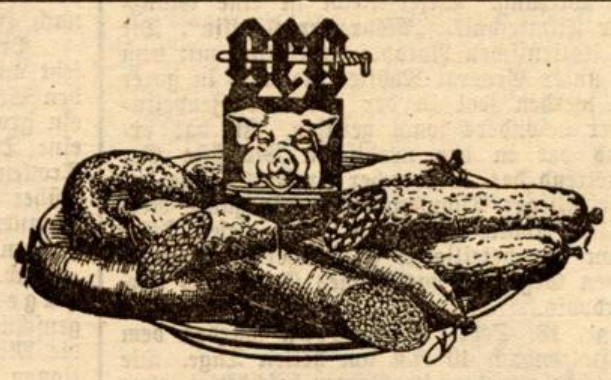
Die Bockhalter, die ihre Tiere zum Decken fremder Ziegen benutzen wollen, werden aufgefordert, die Ziegenböcke der Körkommission zur angegebenen Zeit vorzuführen, sofern im laufenden Jahre nicht bereits eine Ankörung stattgefunden hat.

Die Besitzer von Ziegen, die auf Eintragung in das Herdbuch Wert legen, werden aufgefordert, die Ziegen, soweit sie nicht bereits eingetragen sind, oder gelegentlich der diesjährigen Schauen eingetragen werden, zu den für die Ankörung der Ziegenböcke festgesetzten, vorstehend aufgeführten Terminen gleichfalls vorzuführen.

Die Bockhalter haben die geführten Sprungregister der Körkommission gelegentlich der Körung auszuhändigen. Mit der Körung wird eine Prämiierung der durchgehaltenen älteren Böcke verbunden. Die Auszahlung der Prämie erfolgt sofort nach Bekanntgabe des Körergebnisses.

Altena, den 16. September 1929.

Der Landrat.



Fleisch- und Wurstwaren:

Prima Qualität. **Billige Preise**

Hollst. Plockwurst, Salami, Jagdwurst, Fleischwurst | **Bierwurst, Rotwurst, Sülzwurst, Zungenwurst, Leberwurst** | **Kochmettwurst, gek. u. roh. Schinken, Delikateßwürstchen, Bockwürste**

Ferner empfehlen wir:

Ia. Edamerkäse, vollfetten Holländer-Käse | **vollf. Emmenthaler Käse, vollfetten Tilsiter Käse.**

Konsumverein Halver e. G. m. b. H.

Geschenk-Artikel!

Eß- und Kaffee-Service
in allen Zusammenstellungen.

Tee-Service — Obst-Service
Küchen-Garnituren — Bowlen
Blumenkübel — Likör-Service
Kakao-Kannen — Tabakdosen

Waschgarnituren
in sehr schöner Auswahl.

Wilh. Bell jr., Halver.

Evangelische Kirchengemeinde Halver.

Einladung zu der am **Sonntag, 22. Sept. 1929,** im Anschluß an den Kindergottesdienst stattfindenden

Sitzung

der größeren Kirchenvertretung.

Tagesordnung:
1. Verfügung des Konsistoriums betr. Festsetzung des Küstergehaltes.
2. Bewerbung um die Pfarrstelle.
3. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: i. V. Lindemann.

Café Haarhaus - Rönsahl

Sonntag, den 22. September
ab 3 Uhr nachmittags

Konzert

Eintritt frei!

Im
Restaurant Kinnemann im Dahl b. Dahlerbrück
spricht am
Sonntag, dem 22. Sept. vormittags 10 Uhr
Referent Dedleffen
vom Deutschen Sparerbund für Eigenheime e. G. m. b. H., Düsseldorf über:

Beschaffung von zinsl. Baukapital

Interessenten sind hierzu frdl. eingeladen.

Badeanstalt
Ledigenheim G. m. b. H
Dahlerbrück
für Wannen- und Brausebäder
vorläufig täglich bis 19 Uhr geöffnet.

Makulatur
hat abzugeben
Allgemeiner Anzeiger Halver



Freiwillige Feuerwehr Bommert.

Samstag, den 21. Sept. abends 5,30 Uhr

Uebung

Das Kommando.

Ein in allen landwirtschaftlichen Arbeiten erfahrener solider

junger Mann

zur selbständigen Führung meiner Landwirtschaft gegen hohen Lohn **per 1. Okt. gesucht.**

Ww. Bongart
Rotthausen b. Schalksmühle

Kinderl. Ehepaar sucht

2 Zimmerwohnung
in Halver

evtl. kann hier 2 Zimmerwohnung gegen eine andere 2 Zimmerwohnung getauscht werden.

Angebote unter **A H 100** an die Geschäftsst. dieser Zeitung in Halver.

Gummi Betteinlagen
Guttaperchapapier, Eisbeutel, Thermometer.

Drogerie
C. Baukloh,
Kierspe-Bahnhof.
Telef. 72 Meinerzhagen.

Das Eingeborenenrecht in den deutschen Kolonien.

Im Kolonialheim der Deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin sprach Dr. Leonhard Adam über „Das Eingeborenenrecht in den deutschen Kolonien" und führte etwa folgendes aus:

Die deutsche Kolonialverwaltung ist von jeher bestrebt gewesen, die besonderen Eigenarten der Eingeborenenstämme zu studieren, denn sie war von der Einsicht geleitet, daß man nur durch genaue Kenntnis der Eingeborenenpsyche, ihrer Anschauungen, Sitten und Gebräuche, zu einem Vertrauensverhältnis zu den Eingeborenenstämmen, dem wertvollsten Inventar der Kolonien, gelangen könne. Dazu gehört auch die Erforschung der Stammesrechte. Man mußte sie kennenlernen, um das Rechtsgefühl der Eingeborenen achten zu können, Reibungen auf Grund von Mißverständnissen zu vermeiden, schließlich auch die Grundlage für die einzelnen Kolonien zu gewinnen. Der Vater des Gedankens, von Amts wegen eine systematische Sammlung der Eingeborenenrechte zu veranstalten, war der vor einigen Jahren verstorbene Kammergerichtsrat Geheimer Justizrat Dr. Felix Meyer. Seine Bestrebungen führten zu der Reichstagsentschließung Dr. Ablaß u. Gen. im Jahre 1907, auf Grund deren die Reichsregierung ersucht wurde, eine solche Sammlung ins Werk zu setzen. Zur Anweisung der Beamten und Missionare wurde ein Fragebogen benutzt, der von Professor Joseph Kohler, dem großen Mitbegründer der vergleichenden Rechtswissenschaft, verfaßt war. Ein gewaltiges Material ist zusammengekommen, an welchem Missionare wie Kolonialverwaltungsbeamte gleichen Anteil haben. Dieses Material wird jetzt von Dr. E. Schultz-Ewerth, dem letzten Gouverneur von Samoa, und Amtsgerichtsrat Dr. Leonhard Adam, dem Nachfolger Kohlers als Herausgeber der Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, herausgegeben. Es ist für jede Kolonie von bewährten Fachleuten bearbeitet und erläutert, so der erschienene erste Band „Ostafrika" von Professor Ankermann, die übrigen Kolonien, die den zweiten Band füllen, von Geh. Rat von Zastrow, Ministerialdirektor Schlettwein, Dr. Lips (vom Kölner Museum für Völkerkunde), Dr. Schultz-Ewerth, Professor Thurnwald u. a. Der unvergängliche Wert dieser Forschungen, aus denen der Vortragende Proben vortrug, liegt nicht nur darin, daß sie ein Denkmal deutscher Kulturarbeit in den Kolonien bilden, das die sogenannte „koloniale Schuldlüge" wesentlich widerlegt; seine Bedeutung besteht vielmehr auch rein wissenschaftlich für die völkerkundliche Rechtsforschung, ein Teilgebiet der vergleichenden Rechtswissenschaft. Über die Geschichte, Bedeutung, Aufgaben und Ergebnisse dieses für die Menschheitsgeschichte bedeutungsvollen Forschungszweiges handelte der Schlußteil des Vortrages.

Kleinstadthygiene.

Von Dr. Georg Heidenfeld, Kommunalarzt in Cauth.

Man muß sich oft über die hygienische Anspruchslosigkeit des Kleinstadtpublikums wundern, der es zuzuschreiben ist, daß man noch in vielen Fällen mit einer geradezu rührenden Pietät an den veralteten Systemen der Wasserversorgung durch „den Brunnen vor dem Tore" und der Klosettanlage à la Freilichtbühne festhält, anstatt eine neuzeitliche Wasser- und Kanalisationsanlage anzustreben. So kommt es unter Umständen zu hygienischen Mißständen schlimmster Art. Bei der meist geringen Grundstücksbreite der kleinstädtischen Häuser, vor allem der Innenstadt, liegt dort dicht gedrängt Grube an Grube, häufig in defektem und durchlässigem Zustande, weil infolge vieljähriger ununterbrochener Benutzung eine Reparatur nicht vorgenommen werden kann. Oft befinden sich in ihrer nächsten Umgebung die Hausbrunnen, nicht, wie es die Vorschrift verlangt, durch ein mindestens zehn Meter breites Stück gewachsenen Bodens entfernt und oberhalb von den Kloaken, sondern in wildem Durcheinander, so daß Kommunikationen von Wasserstelle und Klosettgrube an der Tagesordnung sind. So ist es verständlich, daß die Werte der Brunnenwässer an Chlor und organischen Beimengungen das normale Maß um ein Vielfaches überschreiten und damit das Wasser für den menschlichen Genuß unverwendbar machen. Hierzu trägt auch die mangelhafte Beschaffenheit der Brunnen selbst bei, deren Kranz und Bedeckung oft so schadhaft sind, daß Verunreinigungen sich gar nicht vermeiden lassen. Ein übriges tut die Kleintierhaltung, die man fast regelmäßig auf den Haushöfen antrifft, um die sanitäre Situation zu verschlechtern. Vor allem ist die Verstreuung des Futters daran schuld, die Ratten und anderes Ungeziefer heranzieht und damit einer ausgiebigen Keimverschleppung Vorschub leistet.

Besonders stiefmütterlich wird die Göttin Hygieia dort behandelt, wo die Abfuhr der Fäkalien und die Räumung der Gruben nicht organisiert ist, sondern jedem Hauswirt nach Gutdünken überlassen bleibt, und wo noch dazu die sanitätspolizeiliche Kontrolle nicht intensiv genug ausgeübt wird. Meist fehlt es da an einwandfreien Räumungs- und Transportmitteln, auch ist die Beseitigung der Abfallstoffe für alle die Hausbesitzer schwierig, die keine Acker oder Gärten haben. Nun hat zwar die Industrie sehr geeignete Abfuhrapparate geschaffen, z. B. die sehr praktischen Explosionssaugwagen, jedoch stößt die Organisierung dieser wichtigen hygienischen Maßnahme trotzdem auf Schwierigkeiten. Als wesentlichstes Gegenargument wird die zweifelhafte Rentabilität ins Feld geführt. Demgegenüber lauten die Erfahrungen vielerorts günstig, wenn die Hausbesitzer durch Ortsstatut zu einer turnusmäßigen Leerung verpflichtet und die zu entrichtenden Gebühren angemessen festgesetzt werden. Darüber hinaus lassen sich Einnahmequellen aus dem Verkauf der Fäkalien an die Landwirtschaft erschließen, die infolge der hohen Kunstdüngerpreise, z. B. für Wiesendüngung, zum Naturdünger zurückkehrt. Man findet dann, daß das Unternehmen prosperiert, ganz gleichgültig, ob es unter der Regie der Lokalbehörde oder einer zu diesem Zwecke gebildeten Genossenschaft der Interessenten betrieben wird. — Daß diese Art der Entleerung keineswegs ideal ist und nur dort eingeführt werden sollte, wo die Anlage einer Kanalisation auf unüberwindliche Hindernisse stößt, versteht sich von selbst.

Sehr unangenehm bemerkbar macht sich in vielen Kleinstädten das Fehlen eines Schlachthauses. Wenn die Fleischer gezwungen sind, die Schlachtungen in ihrem Grundstück vorzunehmen, müssen die Forderungen der Hygiene zu kurz kommen; denn die zahlreichen Abfälle, hauptsächlich Blut und das Spülwasser der Därme, geraten entweder in mehr oder weniger primitive Gruben oder gar in das Straßengerinne, wo der Verschleppung durch Tiere nichts im Wege steht. Dasselbe gilt von den alljährlich mehrfach stattfindenden Hausschlachtungen. Es ist daher kein Wunder, daß in solchen Orten Typhus, Paratyphus und Ruhr, nebenher auch andere Darmerkrankungen mystischen Ursprungs regelmäßig auftreten. Besonders bedrohlich ist die Situation, wenn eine Großstadt in der Nähe liegt; dann ist der Verbreitung der angeführten Infektionskrankheiten erst recht Tür und Tor geöffnet, und zwar durch die Personen, die in der Kleinstadt wohnen, jedoch in der nahen Großstadt ihrem Beruf nachgehen. So dürfte mancher Krankheitsfall in der Großstadt auf diese Weise zustande kommen.

Besonders nachteilig ist in vielen Kleinstädten der Mangel an Badegelegenheiten. Nur ganz selten findet man ein Schwimmbad, nicht häufiger Dusch- und Wannenbäder. So bleibt als Improvisation nur die Badegelegenheit im nahen Fluß oder Teich, deren hygienische Beschaffenheit fast stets zu wünschen übrigläßt, ganz abgesehen davon, daß sie nur für die wenigen Sommermonate zur Verfügung steht.

Allerdings sind Kleinstädte heute noch weniger als je, und voraussichtlich auf Jahrzehnte hinaus, nicht in der Lage, weitere Lasten zu übernehmen. Darum bleibt nichts anderes übrig als ein Eingreifen der Staatsbehörden. Es könnte nicht schwer sein, zunächst statistische Unterlagen zu gewinnen und daraufhin ein hygienisches Mindestprogramm aufzustellen, das, beginnend an den Stellen des größten Notstandes, etappenweise durchzuführen wäre.

Man spricht so viel von der Übervölkerung der Großstädte und propagiert eine Rückwanderung aufs Land und in die Kleinstadt. Man wird das aber mit gutem Gewissen nur dann rechtfertigen können, wenn man diesen Rückwanderern, welche die Hygiene der Großstadt gewöhnt sind, einigermaßen gleichwertige Verhältnisse bieten kann.

Die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen kann, wenn auch sie zentral geregelt wird, nicht unüberwindliche Schwierigkeiten machen. Vor allem soll man die Gemeinden hinsichtlich der Geldbeschaffung sich nicht völlig selbst überlassen. Ein Teil der Mittel wird in Anbetracht des eminent produktiven Zwecks aus Notstandsfonds hergegeben werden, der Rest sollte unter Aufsicht und Garantie der Regierung auf dem Anleihewege beschafft und langfristig amortisiert werden können.

Neuordnung der Handelskammerbezirke in Rheinland-Westfalen.

Zusammenlegungen und Bildung von Zweckverbänden.

Vorschläge des Preuß. Handelsministers.

Von 16 Kammern fallen 5 fort. — Von den restlichen 11 bleiben nur Münster und Hagen Einzelkammern. — Die übrigen sollen mit je 3 Kammern zu 3 Zweckverbänden zusammengeschlossen werden. — Nur teilweise vernünftige Regelung. — Untauglich für das Ruhrgebiet. —

Nach der glücklich beendeten Umgemeindungsschlacht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet setzt nunmehr ein Kampf um die Neuordnung der Handelskammerbezirke hierselbst ein. Man kann wohl sagen, daß die Umgemeindung den Stein ins Rollen gebracht hat, nicht aber, daß sie die Ursache dafür abgibt. Diese liegt viel tiefer und wird vorwiegend durch Nebeneinander- und Doppelarbeit der einzelnen Kammern, also durch vielfachen Leerlauf begründet, was wir uns heute nicht mehr leisten können. Dieser Erkenntnis entsprangen die schon vor Jahren von den Ruhrhandelskammern gemeinsam geführten Verhandlungen, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen wäre. Seitdem lebt diese Idee und ist immer wieder ventiliert worden. Längst wird die zusammenfassende Rationalisierung der Kammern allgemein als eine Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit angesehen.

Inzwischen kam Sterkrade durch die Umgemeindung zu Oberhausen. Sterkrade gehörte zum Handelskammerbezirk Duisburg. Oberhausen aber zu Essen. Wo sollte nun Sterkrade verbleiben? Diese Frage löste die Denkschriften der Essener und Duisburger Kammer an das Preußische Handelsministerium aus, so daß sich der Minister notwendigerweise damit befassen mußte. Er ist jetzt mit seinen Ueberlegungen zum vorläufigen Abschluß gekommen und unterbreitet für eine Neuregelung folgende Vorschläge:

I. Folgende Industrie- und Handelskammern werden gemäß § 2, Absatz 3 des Handelskammergesetzes

zusammengelegt:

a) Düsseldorf und Neuß mit dem Sitz in Düsseldorf;
b) Barmen-Elberfeld und Remscheid mit dem Sitz in Barmen-Elberfeld;
c) Hagen, Iserlohn, Altena und Lüdenscheid mit dem Sitz in Hagen.

II. Folgende Industrie- und Handelskammern werden gemäß § 2, Absatz 4 des Handelskammergesetzes zu

Zweckverbänden

zusammengeschlossen:

a) Düsseldorf, Barmen-Elberfeld und Solingen, der Sitz wird offen gelassen;
b) Duisburg, Wesel, Krefeld und M.-Gladbach mit dem Sitz in Duisburg-Ruhrort;
c) Essen, Bochum und Dortmund, der Sitz wird offen gelassen.

III. Der zukünftige Besitzstand der rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskammern sieht auf Grund der Abänderungen folgendermaßen aus:

1. Krefeld umfaßt den Stadtkreis Krefeld und den Landkreis Geldern und Cleve. Die Zuteilung der Landkreise Mörs und Kammkrefeld bleibt offen.

2. M.-Gladbach umfaßt die Stadtkreise M.-Gladbach, Rheydt und Viersen und den Landkreis Grevenbroich-Neuß.

3. Düsseldorf umfaßt die Stadtkreise Düsseldorf und Neuß. Die Frage der Zuteilung des Landkreises Düsseldorf-Mettmann, ganz oder teilweise, bleibt offen.

4. Duisburg-Wesel umfaßt den Stadtkreis Duisburg-Hamborn sowie die Landkreise Dinslaken und Rees. Die Zuteilung des Stadtkreises Oberhausen und des Landkreises Mörs bleiben offen. Ebenso die Frage, ob die bisherigen Teile des Regierungsbezirkes Münster, namentlich Bocholt und Anholt bei der Kammer verbleiben.

5. Barmen-Elberfeld umfaßt die Stadtkreise Barmen-Elberfeld und Remscheid sowie die Landkreise Gummersbach und Wipperfürth. Die Zuteilung der Landkreise Solingen-Lennep und Düsseldorf-Mettmann, letzterer teilweise bleibt offen.

6. Solingen umfaßt den Stadtkreis Solingen. Die Zuteilung des Landkreises Lennep ganz oder teilweise bleibt offen.

7. Essen umfaßt die Stadtkreise Essen und Mülheim-Ruhr. Die Zuteilung von Oberhausen bleibt offen.

8. Bochum umfaßt die Stadtkreise Bochum, Gelsenkirchen-Buer, Herne, Wanne-Eickel, Wattenscheid und Witten. Die Zuteilung der Aemter Hattingen, Blankenstein und Herbede bleibt offen.

9. Dortmund umfaßt die Stadtkreise Dortmund, Castrop-Rauxel, Hamm und Lünen sowie den Landkreis Hamm. Die Zuteilung der Stadt Schwerte und der Gemeinde Westhofen, Garenfeld, Geiseke, Holzen, Lichtendorf, Willigst und Wandshofen des Kreises Iserlohn bleibt offen.

10. Münster umfaßt den Regierungsbezirk Münster, außer dem Stadtkreis Gelsenkirchen-Buer und dem Landkreis Tecklenburg.

11. Hagen umfaßt die Stadtkreise Hagen, Iserlohn und Lüdenscheid sowie die Landkreise des Enneper Ruhrkreises Iserlohn und Altena.

In der Begründung weist das Handelsministerium auf die großen Unterschiede der bisherigen 16 Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets hin, die zwischen 75 000 und 1 150 000 Einwohner schwankt. Diese Unterschiede seien durch keinen Zweckverband überbrückt. Alle Versuche, das ganze Gebiet oder einen Teil von ihm in einen Zweckverband zusammenzufassen, seien bisher immer gescheitert. Eine gewisse Verbindung hätten die Kammern lediglich in losen Arbeitsgemeinschaften gefunden, durch die jedoch nicht verhindert worden sei, daß sie sich in dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen in den letzten Jahren einen befestigenden Zusammenhalt gegeben hätten. Diese Entwicklung enthebe aber die amtlichen Berufsvertretungen von Industrie und Handel nicht der Pflicht, die schon seit längeren Jahren als unzureichend erkannte Organisation zu verbessern. Einen besonderen Anstoß nach dieser Richtung hin habe das neue Umgemeindungsgesetz gegeben, was mittelbar auch auf die Kammerbezirke einwirke. Denn nach Inkrafttreten des Gesetzes würden nicht nur Landkreise, sondern auch Stadtkreise, Städte und Gemeinden von den Kammergrenzen in zahlreichen Fällen durchschnitten. Das habe in allererster Linie den Anstoß zu der vorgeschlagenen Neuregelung gegeben. Bei der vorgeschlagenen Neuregelung fielen von 16 Industrie- und Handelskammern im gesamten Gebiet 5 fort. Von den 11 übrigbleibenden blieben 2, nämlich die Kammern Münster und die südwestfälische Kammer in Hagen, Einzelkammern. Die übrigen seien zu je 3 Kammern in 3 Zweckverbänden zusammengeschlossen, so daß für die Behandlung aller größeren Fragen nicht mehr 16, sondern nur 5 Einheiten in Frage kämen. Die Durchführung eines solchen Vorschlags bedeute nach der Ansicht des Handelsministeriums auf dem Handelskammergebiete eine Neuordnung, die der Kommunalneuordnung entspräche.

Es geht vorwärts!

Die Entwicklung der deutschen Milchwirtschaft.

Der trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten erfolgreiche Wiederaufbau und die Fortentwicklung der deutschen Milchviehhaltung und damit der Milchwirtschaft findet eine äußerst beachtliche Unterstützung durch die gleichzeitige Durchzüchtung und rassenmäßige Verbesserung unseres Bestandes. Ja, diese letztere Entwicklung stellt sich bei etwas näherer Betrachtung als die privatwirtschaftlich beachtlichere und daher auch volkswirtschaftlich ungleich wichtigere heraus. Denn ist die zahlenmäßige Erhöhung des Bestandes mit Rücksicht auf den relativ hohen Fehlbetrag an Molkereiprodukten eigener Erzeugung in Deutschland, der bisher durch Auslandseinfuhr gedeckt wurde, national-wirtschaftlich äußerst begrüßenswert, so stellt eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf diesem Wege bei der allgemeinen landwirtschaftlichen Notlage doch meistens nur eine Erhöhung des Risikos der Bauernwirtschaft dar, wenn nicht gleichzeitig mit der Steigerung der Bestandszahl eine Steigerung der Leistung und damit der Rentabilität pro Tier verbunden ist.

Bei der augenblicklichen Bestandsziffer an Milchvieh und einer Durchschnittsleistung von 2200 Litern je Kuh fehlen uns zur vollen Bedarfsdeckung an Butter, Käse, kurz an allen Molkereiprodukten rund 500 Liter je Kuh, d. h. die Durchschnittsleistung der deutschen Milchkühe müßte auf gut 2700 Liter gehoben werden. Die Hebung dieser Durchschnittsleistung und damit die Erlangung einer besseren Rentabilität der Milchwirtschaft ist das Ziel der Milchkontrollvereine. Ja, das Bestehen dieser gemeinsamen bezirklichen Kontrolle ist die erste Voraussetzung für eine Durchzüchtung der bäuerlichen Viehstapel überhaupt. Daß diese Erkenntnis sich Bahn bricht in Deutschland, zeigt das gewaltige Anschwellen des Milchkontrollvereinswesens in den letzten Jahren. Insgesamt wuchs die Zahl der kontrollierten Betriebe von 27 838 im Jahre 1925 auf 50 888 im Jahre 1928. Kontrolliert wurden in den entsprechenden Jahren 581 691 bzw. 924 484 Kühe.

Diese Zahlen spiegeln eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung wider. Zwar bringt das Milchkontrollwesen eine Masse Scherereien und auch gewisse Neubelastungen mit sich; doch machen diese sich baldigst reichlich bezahlt. Das zeigt schon allein die Tatsache, daß der Leistungsdurchschnitt der in Deutschland kontrollierten Tiere schon über 3000 Liter liegt gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 2200 Litern. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung sind wir in Deutschland zurzeit jedoch noch wesentlich hinter unseren ausländischen Hauptkonkurrenten zurück. Denn während in Dänemark bereits 31 Prozent des Gesamtkuhbestandes und in Holland und Schweden 11 Prozent kontrolliert werden, erreichte der Anteil in Deutschland am 1. Januar 1925 erst 6,6 Prozent und steigerte sich bis 1927 auf 8,9 Prozent und 1928 auf 9,8 Prozent aller Milchkühe. Allerdings darf dabei erwähnt werden, daß die Landschaft Ostfriesland die dänischen Kontrollziffern, sowohl was den Anteil wie die Leistung angeht, erreicht und übersteigt. Stark ist auch die Kontrolle im schwerbedrängten Ostpreußen mit etwa 25 Prozent des Gesamtbestandes, sowie in Pommern und Schleswig-Holstein mit rund 20 Prozent. Ausgesprochen schwach dagegen ist das Kontrollvereinswesen immer noch im gesamten Westen und Süden des Reiches. Es steht zu hoffen, daß gerade in diesen Bauerngegenden, zum mindesten in den Bezirken, wo die Kühe nicht als Zugvieh benutzt werden, die Milchviehkontrolle sich im Interesse einer besseren Rentabilität der bäuerlichen Milchwirtschaft in verstärktem Maße durchsetzt.